

**BDI**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

Pressemitteilung

BDI-Präsident Kempf: „Wirtschaft muss sich hörbar zum offenen Europa bekennen“

- EU ist und bleibt erfolgreichstes politisches Projekt unserer Zeit
- Der Weg zurück in den Nationalismus ist eine Sackgasse
- Protektionismus und Populismus sind keine Lösungen für europäische Herausforderungen

Seite
1 von 2

26/2018

13. November 2018

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Dieter Kempf, fordert die deutsche Wirtschaft auf, sich klar zu den Vorteilen der Europäischen Union zu positionieren: „Wir in der Wirtschaft müssen deutlicher machen, wie sehr alle Menschen täglich von der EU profitieren“, sagte Kempf am Dienstag in Berlin anlässlich der Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. „Die Wirtschaft muss sich hörbar zum offenen Europa bekennen“, unterstrich Kempf auch mit Blick auf die Wahlen zum Europaparlament im kommenden Jahr.

„Wir in der Industrie sind stolze Europäer“, bekannte Kempf. „Die EU ist und bleibt das erfolgreichste politische Projekt unserer Zeit.“ Sie gehöre weltweit zu den stärksten Wirtschaftsräumen und sei ein einzigartiges Netzwerk zum gegenseitigen Vorteil.

„Der Weg zurück in den Nationalismus ist eine Sackgasse“, warnte Kempf. „Weder Links- noch Rechtspopulismus löst Probleme, er verschärft sie nur“, erklärte der BDI-Präsident. „Sicherheit, Migration, Wachstum, Arbeitsplätze, Globalisierung, Klimawandel: Das können wir

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: +493020281479
F: +493020282479

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
Presse@bdi.eu

Europäer nur gemeinsam meistern. Europa ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Protektionismus und Populismus sind keine Lösungen für europäische Herausforderungen.“

Für die deutschen Unternehmen sei die gesamte EU mittlerweile der Heimatmarkt. Fast 60 Prozent der Ausfuhren und gut 40 Prozent der Direktinvestitionen gehen in die EU. Rund drei Viertel aller Vorleistungsimporte in EU-Staaten stammen aus Ländern der EU. Nirgendwo sonst auf der Welt ist dieser intraregionale Anteil nach Angaben des BDI so hoch.

Frieden durch wirtschaftliche Zusammenarbeit sei vor über 60 Jahren das Motiv zum Startschuss der EU gewesen, unterstrich Kempf. Die EU-Mitgliedsstaaten müssten unter Beweis stellen, dass die EU als offenes politisches System seine Bürgerinnen und Bürger schützen und weiter voranbringen kann. Eine Trendwende hin zu politischer und wirtschaftlicher Abschottung dürfe nicht zugelassen werden.